

## **BEGRÜNDUNG**

### **Inhalt:**

- 1. DAS PLANGEBIET - LAGE + RÄUMLICHER  
GELTUNGSBEREICH**
- 2. PLANERFORDERNIS + PLANUNGSZIELE**
- 3. EINORDNUNG IN DEN FLÄCHENNUTZUNGSPLAN  
+ BESTEHENDE RECHTSVERHÄLTNISSE**
  - 3.1 VERFAHREN NACH § 13A BAUGB**
- 4. BESTAND / NUTZUNG**
  - 4.1 BESTEHENDE FESTSETZUNGEN**
  - 4.2 GEOTECHNISCHES GUTACHTEN**
- 5. PLANUNG**
  - 5.1 BEBAUUNG**
  - 5.2 LÄRMSCHUTZ**
  - 5.3 ART UND MASS DER NUTZUNG**
- 6. ERSCHLIESSUNG**
  - 6.1 FAHRVERKEHR**
  - 6.2 RUHENDER VERKEHR**
- 7. VER- UND ENTSORGUNG**
  - 7.1 REGENWASSERBEWIRTSCHAFTUNG**

## 1. DAS PLANGEBIET - LAGE + RÄUMLICHER GELTUNGSBEREICH

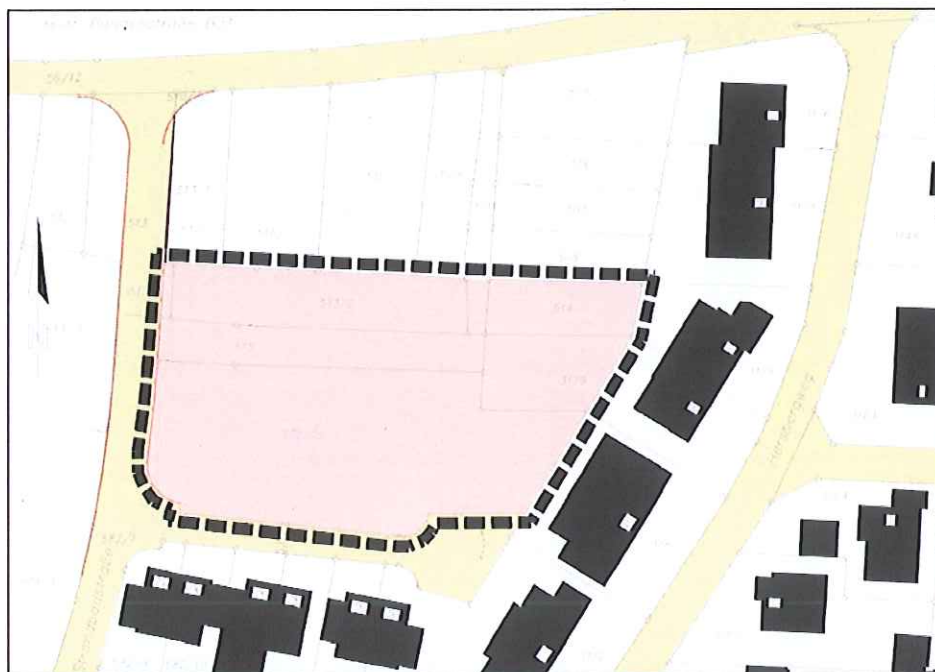
Das Plangebiet liegt im Westen der Gemeinde Immenstaad und umfasst eine Größe von 3.000 m<sup>2</sup>. Es beinhaltet die Grundstücke:

Fl. St. Nr. 513/2	- Brache
Fl. St. Nr. 515	- Brache
Fl. St. Nr. 514	- Brache, Garten
Fl. St. Nr. 3211 (Teil)	- Brache
Fl. St. Nr. 3179 (Teil)	- Hausgarten
Fl. St. Nr. 513/4	- Brache
Fl. St. Nr. 582/25	- Brache.

Es wird begrenzt:

- im Norden von extensiv genutzten Wiesenflächen,
- im Westen von der Strandbadstraße,
- im Osten von bebauten Grundstücken (Wohnbebauung),
- im Süden von einem Anliegerweg, (Stichstraße), der von der Strandbadstraße nach Osten abzweigt und daran angrenzenden bebauten Grundstücken (Wohnbebauung).

Das Plangebiet fällt von Norden nach Süden leicht ab.



Lageplan (ohne Maßstab)

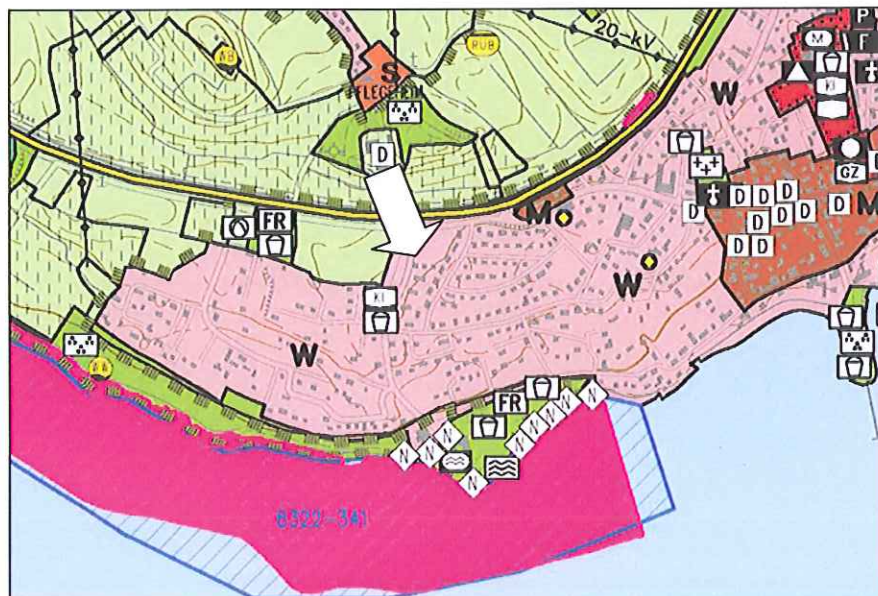
## 2. PLANERFORDERNIS + PLANUNGSZIELE

Der seit 1984 rechtskräftige Bebauungsplan „Hardt-Horn“ weist für das Plangebiet ein Allgemeines Wohngebiet gem. § 4 BauNVO mit Baufenstern für Doppelhäuser aus. Sowohl die vorgesehene Größe der Baugrundstücke wie auch Größe und Zuschnitt der Baufenster entsprechen nicht mehr dem Grundsatz der sparsamen Flächennutzung und den Wohnbedürfnissen junger Familien. Gefragt sind eher kleine und damit erschwingliche Grundstücke für freistehende, familiengerechte Wohnhäuser. Unter diesen Gesichtspunkten überprüft die Gemeinde daher bestehende Bebauungspläne und unbebaute Flächen im Ort. Ziel ist dabei eine möglichst kompakte Siedlungsstruktur, die auch zur Stärkung des Ortskerns mit seinen Infrastruktureinrichtungen beiträgt. So konnten beispielsweise im Geltungsbereich des Bebauungsplanes „Ruhbühl-Speckwiesen“ mehrere Baugrundstücke anstelle einer kaum genutzten Grünfläche ausgewiesen werden.

Die vorliegende Planung sieht nun vor, anstelle der großen Doppelhaus-Grundstücke insgesamt sieben kleinere Baugrundstücke für Einzelhäuser mit jeweils 2 Wohneinheiten in der südlichen Reihe und 1 Wohneinheit in der nördlichen Reihe auszuweisen.

## 3. EINORDNUNG IN DEN FLÄCHENNUTZUNGSPLAN

Im rechtswirksamen Flächennutzungsplan ist das Plangebiet als Wohnbaufläche ausgewiesen. Die vorliegende Planung ist daher aus dem FNP entwickelt.



Auszug aus dem Flächennutzungsplan (ohne Maßstab)

### 3.1 VERFAHREN NACH § 13A BAUGB

Gem. „Gesetz zur Erleichterung von Planungsvorhaben für die Innenentwicklung der Städte“ vom 21. Dezember 2006 können nach § 13a BauGB „Bebauungspläne der Innenentwicklung“ aufgestellt werden. Hierin heißt es u. a.:

(1) „Ein Bebauungsplan für die Wiedernutzbarmachung von Flächen, die Nachverdichtung oder andere Maßnahmen der Innenentwicklung (Bebauungsplan der Innenentwicklung) kann im beschleunigten Verfahren aufgestellt werden. Der Bebauungsplan darf im beschleunigten Verfahren nur aufgestellt werden, wenn in ihm eine zulässige Grundfläche im Sinne des § 19 Abs. 2 der Baunutzungsverordnung oder eine Größe der Grundfläche festgesetzt wird von insgesamt

1. weniger als 20.000 m<sup>2</sup>.....
2. 20.000 m<sup>2</sup> bis weniger als 70.000 m<sup>2</sup> wenn auf Grund einer überschlägigen Prüfung unter Berücksichtigung der Anlage 2 dieses Gesetzes genannten Kriterien die Einschätzung erlangt wird, dass der Bebauungsplan voraussichtlich keine erheblichen Umweltauswirkungen hat, die nach § 2 Abs. 4 Satz 4 in der Abwägung zu berücksichtigen wären.....

(2) Im beschleunigten Verfahren

1. gelten die Vorschriften des vereinfachten Verfahrens nach § 13 Abs. 2 und 3 Satz 1 entsprechend.....
3. gelten in den Fällen des Absatzes 1 Satz 2 Nr. 1 Eingriffe, die auf Grund der Aufstellung des Bebauungsplanes zu erwarten sind, als im Sinne des § 1a Abs. 3 Satz 5 vor der planerischen Entscheidung erfolgt oder zulässig.“

Die o. g. Kriterien treffen auf die vorliegende Planung zu, insbesondere das Ziel einer behutsamen Nachverdichtung.

Die nach § 19 Abs. 2 BauNVO festgesetzte Grundfläche umfasst deutlich weniger als 20.000 m<sup>2</sup>.

Das Plangebiet ist im Süden und im Osten von Wohnbebauung umgeben, die Erschließung kann problemlos über die „Strandbadstraße“ erfolgen.

Auswirkungen auf die Umwelt entstehen nutzungsbedingt durch die zusätzliche Bodenversiegelung.

Die Inanspruchnahme von § 13a BauGB bedeutet, dass kein Umweltbericht erforderlich wird und das Planvorhaben nicht der Eingriff-Ausgleichsregelung unterliegt.

Ebenso kann gem. § 13 Abs. 2 Nr. 1. von der frühzeitigen Bürgerbeteiligung abgesehen werden.

#### 4. BESTAND / NUTZUNG

Das Plangebiet liegt zum größten Teil brach, ein kleinerer Teil im östlichen Bereich wird als Hausgarten genutzt.

##### 4.1 BISHERIGE FESTSETZUNGEN

In rechtskräftigen Bebauungsplan „Hardt-Horn“ gelten folgenden Festsetzungen:

- Allgemeines Wohngebiet gem. § 3 BauNVO
- GRZ 0,3
- GFZ 0,4
- Zulässig sind Doppelhäuser
- Eingeschossige Bauweise
- maximal 2 Wohneinheiten je Gebäude
- zulässig sind Satteldächer, Dachneigung 30°
- maximale Gebäudehöhe 7,25 m.

##### 4.2 GEOTECHNISCHES GUTACHTEN

Für das Plangebiet wurde von der Fa. Baugrund Süd, Bad Wurzach, ein geotechnisches Gutachten erstellt, das zu folgenden Ergebnissen kommt:

*„...Nach Auskunft der Gemeinde Immenstaad befand sich auf dem südlichen Teil des Untersuchungsgebietes früher eine Kiesgrube. Dies konnte jedoch durch die ausgeführten Aufschlüsse nicht bestätigt werden. Mit den Bohrungen konnten keine anthropogenen Fremdkörper festgestellt werden. Auch nach den gemessenen Schlagzahlen der schweren Rammsondierungen wurde kein aufgelockerter (weil wiederverfüllter) Bereich festgestellt.*

*...Unterhalb der Verwitterungsdecke wurden bis in eine Tiefe von 2,9 m bis 3,8 m u. GOK mit allen drei durchgeführten Bohrungen Schmelzwasserkiese erschlossen.*

*Der Schmelzwasserkies stellt einen gut tragfähigen Baugrund dar.*

*...Nach jetzigem Kenntnisstand ist der Grundwasserabstand so groß, dass auch bei der Errichtung unterkellelter Gebäude nicht mit Grundwasserzutritten in die Baugrube gerechnet werden muss.*

*...entsprechen die ab einer Tiefe von rd. 1 m u. GOK anstehenden Schmelzwassersedimente aller Erfahrung nach den Anforderungen der ATV-DVWK-A138 und können unter Einhaltung des eingangs beschriebenen Grundwasserabstand für die Versickerung von Niederschlagswasser verwendet werden.*

*...Bei einer geplanten Unterkellerung ist davon auszugehen, dass bei einer geschätzten Untergeschosshöhe von 2 m bis 3 m die Gründungssohle mindestens 2,5 m bis 3,5 m unter Gelände liegen wird.*

*Dies bedeutet, dass der Gründungshorizont bereits planmäßig in den ausreichendtragfähigen Schmelzwassersedimenten zu liegen kommt. Damit ist eine konventionelle Flachgründung unterkellelter Gebäude auf Einzel- und Streifenfundament machbar.*



*...Alternativ kann das Gebäude in den Schmelzwassersedimenten nach entsprechender Verdichtung der Baugrubensohle flächig auf einer elastisch gebetteten Bodenplatte abgesetzt werden.“*

Auszüge aus: Geotechnisches Gutachten zum Baugebiet Hardt-Horn, 4. Änderung in Immenstaad Bodense“, April 2012, BaugrundSüd GmbH, Bad Wurzach

## 5. PLANUNG

### 5.1 BEBAUUNG

Der städtebauliche Entwurf sieht die Ausweisung von 7 Einzelhäusern in zwei Bauzeilen vor. Die nördliche Bauzeile wird über eine private Zufahrt erschlossen (Geh-, Fahr- und Leitungsrecht) Die drei südlichen Einzelhäuser liegen an einem Anliegerweg (Sackgasse) der von der Strandbadstraße nach Osten abzweigt.



Städtebaulicher Entwurf (ohne Maßstab)

## 5.2 LÄRMSCHUTZ

Aufgrund der Nähe zur nördlich verlaufenden Bundesstraße 31 wurde für das Plangebiet eine schalltechnische Berechnung erarbeitet. Sie kommt zu folgendem Ergebnis:

### 5. Passive Lärmschutzmassnahmen

**An den sieben Gebäuden werden die Grenzwerte der 16. BImSchV überschritten. Passive Lärmschutzmassnahmen mit Einbau von Schallschutzfenstern und Lüftungseinrichtungen sind vorzusehen.**

Nachfolgende werden folgende Planfälle vergleichend gegenübergestellt:

Variante 2: alle Gebäude sind mit einer Mindesthöhe über EFH von 6 m errichtet. Die nördliche Gebäudereihe schirmt die südlichen Gebäude gegenüber der B 31 ab und reduziert die Pegel an Haus 05 bis 07.

Variante 2: im Bauzustand sind die übrigen Bauflächen und insbesondere die nördlichen Bauflächen 01 bis 04 noch unbebaut (d.h. Gebäudehöhen 0 m).

Durch geeignete Dimensionierung der Außenbauteile ist sicherzustellen, dass die Anforderungen an die Luftschalldämmung in Aufenthaltsräumen gemäß Tabelle 8 der DIN 4109 (16) eingehalten werden können. Die „Maßgebenden Außenlärmpegel“ und der daraus resultierende Lärmpegelbereich nach DIN 4109 für alle Stockwerke sind in der Ergebnistabelle in Anlage 6 für Variante 1 bzw. Anlage 7 für Variante 2 zusammengestellt. Diese sind der Dimensionierung zu Grunde zu legen. Anlage 4 bzw. Anlage 5 für Variante 1 bzw. Variante 2 zeigt den jeweils höchsten Lärmpegelbereich der Gebäudeseite und bezieht sich auf den Nachtzeitraum.

Die „Maßgebenden Außenlärmpegel“ (vgl. Anlage 6 und 7) werden folgendermaßen festgesetzt:

- Die „Maßgebenden Außenlärmpegel“ entsprechen gemäß DIN 4109 jeweils den ermittelten Beurteilungspegeln am Tag zuzüglich eines Faktors von 3 dB(A).  
Dieser Ansatz ist auch für die Nacht ausreichend, wenn die Nachtpegel rund 10 dB(A) unter den Tagespegeln liegen.
- An der B 31 in Immenstaad liegen die Nachtwerte nur rund 7 dB(A) unter den Tagwerten. Deshalb wird empfohlen, den „maßgebenden Außenlärmpegel in der Nacht“ für Schlafräume aus dem Nachtwert zuzüglich eines Faktors von 13 dB(A) abzuleiten.

Für alle Aufenthaltsräume in Wohnungen ergibt sich nach der Tabelle 8 der DIN 4109 in Lärmpegelbereich II, III bzw. IV ein erforderliches resultierendes Schalldämmmaß aller Außenbauteile von 30 dB, 35 bzw. 40 dB. An Gebäudefronten mit Lärmpegelbereich I, II und III werden bei üblichen Wändicken und Fensterflächenanteilen Fenster der Schallschutzklasse 2 im Allgemeinen noch ausreichend sein. Diese werden aus Wärmeschutzgründen bei Wohnneubauten immer eingebaut. Schallschutzfenster der Schallschutzklasse 3 bis 4 sind voraussichtlich an den Gebäudefronten notwendig, die Lärmpegelbereich III mit großen Außenflächen oder / und Fensterflächen oder Lärmpegelbereich IV aufweisen.

In Tabelle 5 sind für Variante 1 und Variante 2 die Gebäudeseiten zusammengestellt, bei denen die Lärmpegelbereiche III und IV „am Tag, d. h. für Wohnen tagsüber“ und „in der Nacht für Schlafräume“ zu beachten sind.

**Tabelle 5: Gebäudeseiten mit Lärmpegelbereich III und IV**

Gebäude und Gebäudeseite		Lärmpegelbereich Gebäudehöhe 6 m Variante 1 <sup>1)</sup>		Lärmpegelbereich Gebäudehöhe 0 m Variante 2 <sup>1)</sup>	
		„Tag, für Wohnen tagsüber“	„Nacht, für Schlaf-räume“	„Tag, für Wohnen tagsüber“	„Nacht, für Schlaf-räume“
01	N	IV	IV	IV	IV
	O	III	IV	III	IV
	S		III		III
	W	III	IV	III	IV
02	N	III	IV	III	IV
	O	III	IV	III	IV
	S		III		III
	W	III	IV	III	IV
03	N	III	IV	III	IV
	O	III	III	III	III
	S				III
	W		III	III	IV
04	N	III	IV	III	IV
	O	III	III	III	IV
	W	III	III	III	IV
05	N	III	III	III	IV
	O		III	III	III
	S				III
	W	III	III	III	III
06	N	III	III	III	IV
	O		III	III	III
	S				III
	W		III	III	III
07	N		III	III	IV
	O		III	III	III
	S				III
	W		III	III	III

<sup>1)</sup> jeweils nur höchster Pegel der Gebäudeseite

**Vorschlag für textliche Festsetzungen zu passiven Lärmschutzmaßnahmen:**

- Es wird empfohlen an den Nordseiten von Haus 01 bis 04 in Schlafräumen auf Fenster zu verzichten.
- An den lt. schalltechnischer Berechnung vom 29.03.2012 von Lärmpegelbereich III bzw. IV betroffenen Gebäudefronten sind die Schall-schutzklassen der Fenster von Aufenthaltsräumen so zu wählen, dass das resultierende Schalldämm-Maß für Außenbauteile (Wände, Rolladenkästen und Fenster):
  - mindestens 35 dB bei Lärmpegelbereich III bzw.
  - mindestens 40 dB bei Lärmpegelbereich IV
 beträgt (vgl. DIN 4109). Hierzu wird auf die Anlage 7 der schalltechnischen Berechnung vom 29.03.2012 verwiesen.
- Aufenthaltsräume (z.B. Schlafräume, Wohnzimmer, Wohnküchen), die keine Fensteröffnungen auf der zur "B 31" straßenabgewandten Gebäudeseite (Südseite) aufweisen, sind mit ausreichend dimensionierten Lüftungsanlagen (z. B. integrierte Fensterrahmen-lüftung, Einzellüfter) auszustatten.



**„Zusammenfassende Bewertung**

*Im Rahmen der Bauleitplanung ist die Einhaltung der Orientierungswerte der DIN 18005 von 55 dB(A) am Tag und 45 dB(A) in der Nacht wünschenswert. Sofern dies nicht möglich ist wird ersatzweise auf die Grenzwerte der 16. BImSchV von 59 dB(A) am Tag und 49 dB(A) in der Nacht zurückgegriffen.*

*Orientierungswerte und Grenzwerte werden bei Beurteilungspegeln von bis zu 56 dB(A) nachts an den Nordseiten, Ostseiten und Westseiten von Haus 01 bis 05 überschritten.*

*An den Südseiten der sieben Bauflächen entstehen Beurteilungspegel von 46 bis 48 dB(A) nachts, die den Orientierungswert von 45 dB(A) nur geringfügig um 1 bis 3 dB(A) überschreiten.*

*Da aktiver Lärmschutz mit vertretbarem Aufwand nicht erreicht werden kann, sind ersatzweise passive Lärmschutzmaßnahmen durch ausreichende Schalldämmung der Außenbauteile und Einbau von Lüftungseinrichtungen vorzusehen.“*

**Auszug aus: „Schalltechnische Berechnung zum Bebauungsplan „Hardt-Horn – 4. Änderung östlich der Strandbadstraße“, Ing.-Büro Schulze, Markdorf, 29.03.2012**

Der aus der schalltechnischen Berechnung resultierende Festsetzungsvorschlag ist als planungsrechtliche Festsetzung in den zeichnerischen Teil und den Textteil des Bebauungsplanes übernommen. Sie gilt sowohl für die nördliche wie auch für die südliche Bauzeile, obwohl die nördlichen Gebäude nach Süden hin abschirmend wirken. Es ist jedoch nicht gewährleistet, dass die nördlich Bauzeile zuerst oder zeitgleich mit der südlichen Reihe realisiert wird. Der Bebauungsplan geht vom ungünstigsten Fall aus, nämlich dass die südlichen Gebäude zuerst errichtet werden und von Norden her keine Abschirmung gegeben ist (in der schalltechnischen Berechnung = Variante 2).

### **5.3 ART UND MASS DER NUTZUNG**

Als Art der baulichen Nutzung ist für das Plangebiet festgesetzt:

- **Allgemeines Wohngebiet gem. § 4 BauNVO**

Dieser Gebietstyp entspricht den Festsetzungen des rechtsgültigen Bebauungsplanes sowie dem vorhandenen und dem angestrebten Nutzungscharakter.

Das Maß der baulichen Nutzung wird bestimmt durch die Festsetzung der

- **Grundflächenzahl (GRZ) gem. § 19 BauNVO**

und der

- **Geschossflächenzahl (GFZ) gem. § 20 BauNVO.**

Die GRZ entspricht mit 0,3 den Festsetzungen des rechtsgültigen Bebauungsplanes. Die GFZ von 0,6 lässt zwei Vollgeschosse zu.

- **Zahl der Vollgeschosse**

Zulässig ist die zweigeschossige Bebauung. Sie ermöglicht flexible und familiengerechte Wohnungsgrundrisse.

- **Höhenentwicklung der Gebäude**

Die im rechtskräftigen Bebauungsplan festgesetzte maximale Firsthöhe = 7,25 m wird geringfügig auf 8,00 m erhöht. Damit wird den mittlerweile deutlich höheren Wärmeschutzbestimmungen Rechnung getragen, die voluminösere Isolierungen erforderlich machen. Gleichzeitig entstehen zweigeschossige Bauformen ohne ausbaubares Dach.

- **Festsetzung der überbaubaren Grundstücksfläche  
gem. § 23 BauNVO**

Die überbaubare Grundstücksfläche ist durch Baugrenzen / Baufenster eindeutig definiert.

Weitere Festsetzungen im Planteil und den planungsrechtlichen Festsetzungen betreffen die

- **Bauweise gem. § 22 BauNVO**

als offene Bauweise. Zulässig sind Einzelhäuser. Dies entspricht dem Bedarf und dem angestrebten Gebietscharakter.

- **Zahl der Wohneinheiten gem. § 9 (1) BauGB**

Zulässig sind maximal 2 Wohneinheiten je Gebäude in der südlichen Reihe und 1 Wohneinheit je Gebäude in der nördlichen Reihe. Damit sind unterschiedliche Wohnformen möglich (z. B. Mehrgenerationen-Wohnen), ohne dass die relativ kleinen Baugrundstücke zu stark ausgenutzt würden.

Diese Festsetzung berücksichtigt darüber hinaus die besondere Erschließungssituation über private Zufahrten bzw. einen Anliegerweg. Die Zahl der Wohneinheiten hat zudem Auswirkungen auf die erforderliche Anzahl von Stellplätzen und damit auf den Anteil befestigter Flächen. Südlich besteht die Möglichkeit 4 Stellplätze auszuweisen, jeweils 2 Stellplätze pro Wohneinheit.

- **Geh-, Fahr- und Leitungsrechte gem. § 9 (1) BauGB**

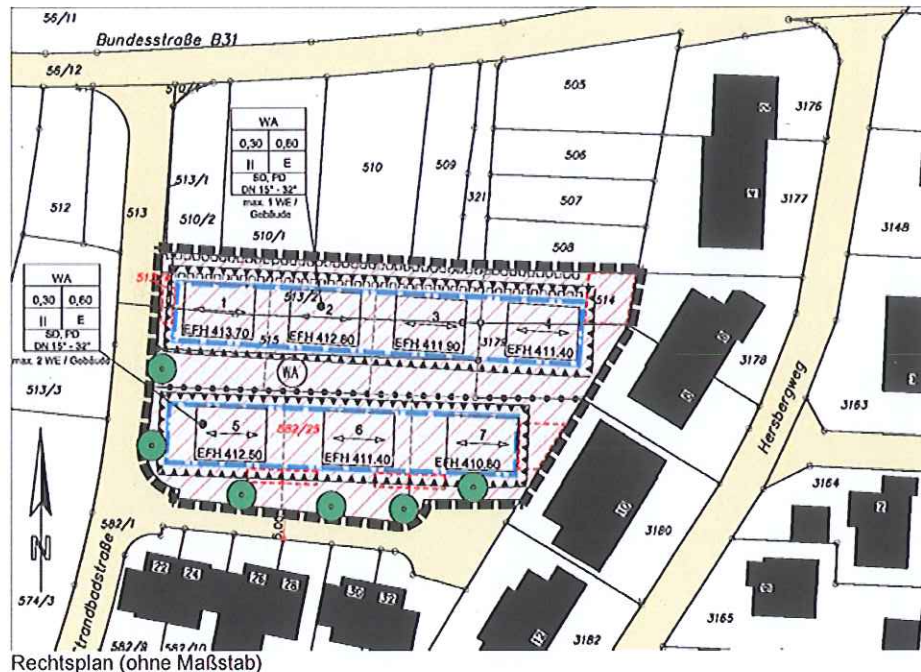
Diese Rechte dienen der Erschließung der nördlichen Bauzeile.

- **Flächen für Stellplätze und Garagen gem. § 9 (1) BauGB**

Stellplätze, Garagen und Carports sollen innerhalb der Baufenster zulässig sein. Zusätzlich werden für einen Teil der Baugrundstücke gesondert Flächen ausgewiesen.

- **Pflanzgebote für Bäume gem. § 9 (1) BauGB**

sind entlang der Erschließungsflächen zur Ein- und Durchgrünung des Plangebietes festgesetzt.



- **Örtliche Bauvorschriften**

werden für das Plangebiet in Anlehnung an die Festsetzungen des rechtskräftigen Bebauungsplanes erlassen, um die Einbindung der neuen Baukörper in die Umgebungsbebauung zu gewährleisten.

Sie betreffen insbesondere

- **die äußere Gestaltung der baulichen Anlagen, Fassaden- und Dachgestaltung**

und sollen zu einem harmonischen und ruhigen Erscheinungsbild der zwei Bauzeilen führen.

Die zulässige Dachneigung wird auf 15° - 32° festgesetzt. Im Zusammenhang mit der zweigeschossigen Bauweise führt dies zu einer ruhigen Dachlandschaft ohne Aufbauten und / oder Einschnitte.

Die Gaupensatzung der Gemeinde Immenstaad (2006) wird ausgeschlossen.

- **Antennen + elektrische Freileitungen**

Die Zahl der zulässigen Antennen je Gebäude soll begrenzt werden. Niederspannungsleitungen sind generell unzulässig, da sie den angestrebten Gebietscharakter und den städtebaulichen Gesamteindruck empfindlich beeinträchtigen würden.

## 6. ERSCHLIESSUNG

### 6.1 FAHRVERKEHR

Die Erschließung der nördlichen Bauzeile erfolgt von der Strandbadstraße aus über eine private Zufahrt, während die südliche Bauzeile an einem bereits vorhandenen Anliegerweg liegt, der ebenfalls von der Strandbadstraße nach Osten abzweigt.

### 6.2 RUHENDER VERKEHR

Alle erforderlichen Stellplätze werden auf den jeweiligen Grundstücken untergebracht. Aufgrund der eingeschränkten Zahl der Wohneinheiten bleiben die hierfür erforderlichen Flächen überschaubar.

## 7. VER- UND ENTSORGUNG

Für die Ver- und Entsorgung des Plangebietes wird die Erweiterung des vorhandenen Kanal- und Leitungsnetzes erforderlich.

### 7.1 REGENWASSERBEWIRTSCHAFTUNG

Anfallendes Oberflächenwasser soll gem. den Vorgaben des bad.-württ. Wassergesetzes auf den Baugrundstücken zurückgehalten und möglichst versickert werden. Die dafür erforderlichen Flächen sind im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens nachzuweisen. Da es im direkten Umfeld des Plangebietes weder einen Vorfluter noch einen Regenwasserkanal gibt, müssen die Notüberläufe an den vorhandenen Mischwasserkanal angeschlossen werden.

Immenstaad, den 09. MAI. 2012

*Karin Bank*

Karin Bank, 1. Stv. Bürgermeisterin

